Neue Zürcher Zeitung

Oberste Forschungsberaterin des Bundes: «Spätestens bei der nächsten Krise werden die Telefone der Wissenschafter wieder heisslaufen»

Sabine Süsstrunk ist seit kurzem Präsidentin des Schweizerischen Wissenschaftsrats. Sie sagt, der Bundesrat höre oft auf die Forschung. Doch in der Corona-Krise hätten viele Wissenschafter einen entscheidenden Fehler gemacht.

Larissa Rhyn, Erich Aschwanden

14.01.2021, 09.30 Uhr

Sabine Süsstrunk sieht ein «Superrisiko» für den Forschungsplatz Schweiz: die Beziehung zur EU.

Annick Ramp / NZZ

Die Wissenschaft hat in der Krise eine enorme Aufwertung erlebt. Plötzlich waren Epidemiologen und Ökonomen ständig gefordert, Prognosen zu erstellen und öffentlich

Stellung zu beziehen. Glauben Sie, das hält an, wenn die Krise vorbei ist?

Jein. Unsere Gesellschaft ist sehr schnelllebig. Vorerst könnte es also wieder ruhiger werden um die Wissenschaft. Aber spätestens bei der nächsten Krise werden die Telefone der Wissenschafter wieder heisslaufen. Und die nächste Krise wartet schon hinter der nächsten Ecke. Denn der Klimawandel existiert weiter, auch wenn wir weniger über ihn sprechen.

Nun wäre doch aber die beste Gelegenheit für die Wissenschaft, sich einen fixen Platz in Entscheidungsgremien zu sichern? Die Corona-Krise hat ja gezeigt, dass dies bisher gefehlt hat.

Da bin ich nicht einverstanden. Wir beim Wissenschaftsrat haben den gesetzlichen Auftrag, den Bundesrat und die Verwaltung zu beraten. Und den nehmen wir wahr. Auch viele Mitarbeiter der Verwaltung arbeiten mit Wissenschaftern zusammen. Das dringt einfach selten an die Öffentlichkeit. Doch die Schweizer Regierung hört oft auf die Forschung, und in der Schweiz ist man finanziell recht grosszügig mit der Wissenschaft. Aber bisher wurden wir vor allem bei langfristigen Fragen beigezogen. Ein Beispiel ist die Energiepolitik: Seit den Nuklearunfällen in Fukushima hat sich die Schweizer Forschung vertieft mit erneuerbaren Energien auseinandergesetzt. Das hat gut funktioniert. Weniger gut funktioniert hat der Einbezug der Wissenschaft in dieser Krise.

Woran lag das Ihrer Meinung nach?

Um es jetzt einmal höflich auszudrücken, muss man sich fragen: Ist die Kommunikation der Wissenschaft so gelaufen, wie sie sollte? Aber zurückschauen bringt wenig. Wir sollten uns überlegen, was das für die Zukunft bedeutet. Die Covid-Task-Force werden wir nicht ewig brauchen. Aber wir müssen besser gewappnet sein, um in einer neuen Krise schnell die richtigen Leute zu finden, die die Politik beraten können. Ich glaube nicht, dass wir Wissenschafter einen eigenen fixen Krisenstab brauchen. Aber wir sollten ein Vehikel haben, um bereit zu sein, wenn die nächste Krise kommt.

Wie sollte so ein «Vehikel» denn konkret aussehen?

Neben uns gibt es diverse weitere Organisationen im Bereich der Wissenschaft: den Nationalfonds, den ganzen ETH-Bereich, Swissuniversities oder die Akademien Schweiz. Diese Organisationen sollten sich koordinieren, wenigstens informell. Dann könnten wir sicherstellen, dass wir in der nächsten Krise die richtige Expertise finden. Ich selbst gehöre sicher nicht in eine Covid-Task-Force. Aber ich kenne Leute, die sich dafür eignen.

Die Kommunikation der Wissenschaft, das haben Sie selbst angedeutet, war in der Krise ein Problem. Woran lag das?

Wir Wissenschafter kommunizieren oft untereinander, und das haben wir auch in dieser Krise getan. Aber gegen aussen hätten wir uns besser erklären sollen. Die Wissenschaft von heute basiert nicht auf einer Erkenntnis. Jeder liefert ein Puzzleteil, dann diskutiert man und schaut, was stimmt. Erst mit der Zeit entsteht

ein verlässliches Gesamtbild. Nehmen Sie Isaac Newton: Heute ist es völlig klar, dass er recht hatte mit seiner Theorie zum Licht. Aber damals hat ihm niemand geglaubt. Debatten sind also unbedingt nötig.

Die Wissenschafter waren sich in den letzten Monaten oft nicht einig und haben heftig diskutiert.

Unser Fehler war es, diese Debatten in der Öffentlichkeit auszutragen. Die Bürgerinnen und Bürger sind es gewohnt, dass die Regierung mit einer Stimme spricht, und das hätte auch die Covid-Task-Force tun sollen. Neben der Wissenschaft tragen aber auch die Medien eine Verantwortung: Es gab viele Studien zu Corona, die auf Beobachtungen basierten. Oft gingen die Medien so damit um, als handle es sich bereits um gesicherte Erkenntnisse. Zudem haben Journalisten über Studien geschrieben, die noch nicht einmal geprüft waren, aber als Preprint online veröffentlicht wurden.

Kann man das denn verhindern? In einer Pandemie gibt es ein hohes öffentliches Interesse an den Resultaten der Wissenschaft. Zudem sind viele Forscherinnen und Forscher auf Twitter und geben bereitwillig Auskunft, auch wenn ihre Ergebnisse noch nicht 100 Prozent sicher sind …

Ich finde es gut, dass der Wissenschafter in den Medienberichten ein Mensch wird, statt eine abstrakte Figur zu bleiben. Aber wir müssen lernen, wie wir in der Öffentlichkeit kommunizieren. Uns muss klar sein, dass wir mit einem Journalisten nicht gleich diskutieren können wie mit einem Kollegen. Alle Wissenschafter sollten unbedingt ein Medientraining machen, damit sie

sich bewusst werden, was ihre Aussagen auslösen können.

Was sind Ihre wichtigsten Ziele für die nächsten Jahre?

Erstens müssen wir Lehren aus der Krise ziehen. Primär geht es darum, herauszufinden, wie sich die Wissenschaft bei Risikobeurteilungen einbringen kann. Darüber hinaus wollen wir über die Grösse des Forschungsplatzes Schweiz nachdenken. Das dritte grosse Thema, das wir festgelegt haben, ist die Bildung, Forschung und Innovation in einer digitalen Gesellschaft. Daneben erhalten wir Aufträge direkt vom Bundesrat oder von der Verwaltung.

Sie wollen die Grösse des Forschungsplatzes Schweiz untersuchen. Machen Sie sich Sorgen um die hiesige Forschung?

Kurzfristig mache ich mir keine Sorgen. Aber es gibt ein Superrisiko: unsere Beziehung zur EU. Noch ist unklar, wie wir diese Forschungsgemeinschaft weiterführen können. Schon jetzt müssen wir uns fragen, was es bedeutet, wenn wir nicht mehr zu den gleichen Bedingungen dabei sind wie heute. Wir sind ein sehr internationaler Hochschul- und Forschungsplatz. Birgt das politische Gefahren? Wie soll unsere Zusammenarbeit mit Asien und den USA aussehen? All dies sind wichtige Fragen, die wir uns dringend stellen müssen.

Sie sprechen das Forschungsabkommen Horizon an, dessen Zugang im Jahr 2021 neu verhandelt wird. Ist dies aus Ihrer Sicht das grösste Risiko für die Schweizer Forschung?

Ja. Moderne Wissenschaft macht man nicht allein im kleinen Kämmerchen. Insbesondere die Naturwissenschaften, die Medizin oder das Ingenieurwesen leben vom Austausch und vom Wettbewerb. Wenn wir nicht mehr an internationalen Projekten teilnehmen können, verlieren wir an Bedeutung.

Schweizer Forscherinnen und Forscher erhalten am meisten Gelder aus dem eigenen Land, als Zweites folgt aber schon die EU. Das führt zu einer hohen Abhängigkeit. Sollten wir uns stärker an anderen Regionen ausrichten?

Es ist immer einfacher, mit den Nachbarn zu arbeiten. Und das sind in unserem Fall EU-Länder. Die Forscher aus diesen Staaten denken ähnlich wie wir, und die Wissenschaftssysteme sind ähnlich. Eine Studie hat gezeigt, dass Menschen mit Leuten auf dem gleichen Stockwerk besser zusammenarbeiten als mit Personen, die ein Stockwerk tiefer sitzen. Natürlich können wir die Beziehungen nach Grossbritannien, in die USA, nach Asien ausbauen. Doch das ist aufwendiger und komplizierter.

Es ist noch immer unklar, was mit dem Programm Horizon passiert. Die Verhandlungen dürften frühestens in einigen Monaten abgeschlossen werden. Kann man angesichts dieser Unsicherheit überhaupt noch langfristige Projekte planen?

Kurz- und wahrscheinlich sogar mittelfristig wären die Folgen eines Abseitsstehens der Schweiz wohl nicht sehr gross. Die geplanten Projekte würden weiterlaufen. Sollten wir nicht sofort Teil von Horizon sein, könnte man in der Schweiz eine parallele Finanzierung aufbauen, wie dies schon einmal realisiert wurde . . .

. . . genau deswegen sagen Kritiker, dass die Schweizer Forscher übertreiben. Sie argumentieren, nachdem die Masseneinwanderungsinitiative angenommen worden sei, habe die Schweiz schon einmal den Zugang zu EU-Geldern verloren. Das habe kaum zu Problemen geführt.

Die Finanzen sind nur ein Aspekt. Wir können keine komplexen Probleme lösen, indem wir jemanden von der Uni Basel nur mit jemandem von der Uni Lausanne zusammenarbeiten lassen. Dafür braucht es internationalen Austausch. Langfristig wären die Konsequenzen gravierend, wenn wir nicht mehr Teil von Horizon sein könnten. Die Forscherinnen und Forscher in der Schweiz würden sich aus dem internationalen Wettbewerb verabschieden. Wissenschafter, die internationales Renommee haben oder sich dieses erarbeiten wollen, kämen dann nicht mehr zu uns.

Die Schweiz müsste beim Alleingang versuchen, trotzdem attraktiv zu bleiben. Könnte man dies erreichen, indem man sich auf gewisse Forschungsrichtungen und -projekte konzentriert?

Ich frage Sie: Würden Sie das Institut für Immunologie auflösen, das bei der nächsten Pandemie wieder dringend gebraucht wird? Dieses Beispiel zeigt, dass es

enorm schwierig ist, die richtigen Streichkandidaten auszusuchen. Bei einer Konzentration der Kräfte wird man immer das streichen, was gerade am wenigsten nützlich scheint. Doch wer schaut in die Zukunft und setzt sich für Institute und Projekte ein, die künftige Probleme lösen? Gerade in der Grundlagenforschung ist diese Auswahl enorm schwierig. Die Corona-Krise ist zwar international, doch es braucht lokale Lösungen. Diese findet man nur mit Forschung vor Ort.

Muss man aber nicht ein gewisses Risiko eingehen und auf Dinge verzichten?

Das geschieht implizit an den Universitäten schon, indem einzelne Forschungsrichtungen stärker gefördert werden. Doch die Probleme, die wir lösen müssen, sind hochkomplex. Denken Sie an den Klimawandel. Hier müssen von Geisteswissenschaften bis hin zur Grundlagenphysik zahlreiche Disziplinen zur Lösungssuche beitragen. Dafür müssen die richtigen Leute zusammengeführt werden.

Hat der Schweizerische Wissenschaftsrat genügend Resonanz beim Bundesrat und beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation?

Wir sind ein Beratergremium für Politik und Verwaltung. Viele der Inputs, die wir geben, werden von der Politik aufgenommen und weiterverfolgt. Dass diese Denkanstösse und Vorschläge auf uns zurückgehen, sieht man einem Gesetz oder einem staatlichen Programm nicht an. Wir leisten Hintergrundarbeit. Doch

wir könnten in der Öffentlichkeit sicher noch bekannter werden.

Wie wollen Sie das erreichen?

Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Berichte bekanntwerden, zum Beispiel mit Podiumsdiskussionen. Ideal wäre es, wenn sie auf Twitter aufgenommen würden, was dann breitere Diskussionen auslöst. Wir müssen besser erklären, was wir machen, und unsere Erkenntnisse besser zusammenfassen. Dabei richten wir uns aber in erster Linie an die Politik, die Verwaltung, die Kantone und die Hochschulen. Und erst zweitrangig an die breite Öffentlichkeit. So will es unser Mandat. Unser Ziel ist es, relevante Arbeit zu machen. Ein schönes Beispiel dafür ist der Bericht zur Chancengleichheit. Darin konnten wir belegen, dass Chancengleichheit beim Zugang zur Bildung in der Schweiz nicht gegeben ist. Damit haben wir auch politische Veränderungen angestossen.

Abgesehen vom Engagement gegen die Corona-Krise blieb es im vergangenen Jahr im Bereich Forschung und Innovation eher ruhig.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat war keineswegs untätig. Wir haben im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation die Mehrjahrespläne von Forschungseinrichtungen nach Artikel 15 des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes begutachtet und unsere Empfehlungen abgegeben. Dazu gehört etwa das Schweizerische Tropeninstitut oder Swiss Peace. Insgesamt geht es dabei um ein Budget von

422 Millionen Franken. Es ist ein Erfolg für uns, dass der Bundesrat weitgehend unseren Empfehlungen gefolgt ist und dass das Parlament für diese Forschungsanstalten sogar mehr Geld gesprochen hat.

Diese Empfehlungen müssten Sie doch eigentlich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, damit die Leute sehen, wie dieses Geld verwendet wird.

Solange der Bundesrat seine Beschlüsse nicht gefasst und veröffentlicht hat, dürfen wir nicht über unsere Empfehlungen reden. Doch seit kurzem ist der Schlussbericht publiziert und auf unserer Website einsehbar für die Öffentlichkeit.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.